

Presseinformation

Gebäudemodernisierungsgesetz

DVGW begrüßt Verabschiedung im Bundeskabinett: Das Gesetz kombiniert Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit

Wärmekostenstudie des DVGW vergleicht Gesamtkosten verschiedener Heizungslösungen

Berlin, 13. Mai 2026 – Der DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. bewertet den heute im Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) als wichtigen Fortschritt für die Wärmewende. „Die Entscheidung war überfällig. Das Kabinett sorgt mit dem grundlegenden Systemwechsel im Gebäudesektor endlich auch formal für die dringend benötigte Planungssicherheit. Der Beschluss ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Gebäudeenergiegesetz. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit haben nun Vorrang, ohne den Klimaschutz zu vernachlässigen“, betont Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW. Insgesamt ist das Gesetz ein zentraler Schritt hin zu mehr Technologieoffenheit. Es setzt wichtige marktöffnende Impulse für den Hochlauf klimaneutraler Gase. Diese haben nun endlich Marktperspektiven und können künftig einen relevanten Beitrag zur Dekarbonisierung leisten.

Mit der Einführung einer Grüngasquote schafft die Bundesregierung erstmals praxistaugliche Instrumente, die Wasserstoff und Biomethan als wesentliche erneuerbare Energieträger im Gebäudesektor ermöglichen. Die Bio-Treppe (10 bis 60 Prozent im Zeitraum 2029 bis 2040) und die Grüngasquote korrigieren einen Fehler des alten GEG, das Wärmepumpen und Fernwärme unabhängig vom tatsächlichen Energiemix privilegiert hatte. Der neue Ansatz ist sachgerechter und systemischer. Zudem sorgt der Kabinettsbeschluss für mehr Entscheidungsfreiheit für Gebäudeeigentümer, indem er der Heterogenität des Gebäudebestands in Deutschland Rechnung trägt und den faktischen Zwang zu einzelnen Heiztechnologien beendet.

Kritisch sieht der DVGW die Kostenaufteilung speziell für Gasheizungen zwischen Mietern und Vermietern, die außerhalb des GModG – im CO₂-Kostenaufteilungsgesetz – verankert werden soll. Die dort festgeschriebene Differenzierung erschwert die Wärmeversorgung durch Gas - und wird nicht auf andere Wärmelösungen wie Strom oder Fernwärme angewendet. „Dass hier vor allem die Gasversorgung benachteiligt wird, widerspricht dem Prinzip der Technologieneutralität und setzt ordnungspolitisch falsche Signale. Damit entsteht der Eindruck, dass über das Mietrecht ein indirekter Steuerungsmechanismus zulasten der Gasversorgung etabliert wird, der den positiven Grundansatz des Gebäudemodernisierungsgesetzes konterkariert“, kritisiert DVGW-Chef Linke.

Neue DVGW-Wärmekostenstudie: Wirtschaftliche Heizlösungen hängen stark von Gebäude und Standort ab

Der Gebäudesektor spielt bei der Energiewende eine zentrale Rolle: Fast 16 Prozent aller CO₂-Emissionen werden in diesem Sektor verursacht. Gleichzeitig ist fast jede zweite Heizung in Deutschland älter als 15 Jahre. Da Heizungen in der Regel nach 20 bis 25 Jahren das Ende ihrer Lebensdauer erreichen, wird in den kommenden zehn Jahren über die Hälfte der Anlagen ersetzt werden müssen. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist dabei vor allem entscheidend, wie hoch die Gesamtkosten sein werden. Dazu zählen nicht nur die Anschaffungskosten für eine neue Heizungsanlage, sondern auch notwendige Sanierungsmaßnahmen sowie die langfristigen Kosten für Energieträger und Wartung.

Die neue Wärmekostenstudie des DVGW zeigt, dass eine Brennwerttherme mit grünem Gas je nach Ort, Gebäudeart und -zustand eine wirtschaftliche Alternative darstellen kann.

Die Studie analysiert die Gesamtkosten verschiedener Wärmeversorgungslösungen und vergleicht diese für exemplarische Ein- und Mehrfamilienhäuser mit unterschiedlichen Effizienzklassen im Zeitraum von 2026 bis 2045. Ziel ist es, Transparenz über die relevanten Kostenkomponenten zu schaffen und Marktentwicklungen zu analysieren. Untersucht werden Brennwertthermen mit Erdgas, Wasserstoff und Biomethan, Wärmepumpen und Fernwärme. In die Berechnungen fließen sowohl Energiekosten als auch Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten ein.

Die Ergebnisse der Studie zeigen deutlich, dass keine Heiztechnologie pauschal wirtschaftlich überlegen ist. Welche Wärmeversorgungslösung wirtschaftlich sinnvoll ist, hängt stark vom jeweiligen Gebäude, der Region, sowie von regulatorischen und technologischen Entwicklungen

ab. Entscheidend für die Wirtschaftlichkeit sind der energetische Zustand des Gebäudes, die Infrastrukturkosten und Netzentgelte, sowie der Zeitpunkt des Heizungstauschs. Vor diesem Hintergrund ist ein diversifizierter Transformationspfad erforderlich, der regionale und gebäudespezifische Unterschiede in der Wärmeversorgung berücksichtigt.

Wie stark die Kosten variieren können, zeigt das Beispiel eines teilsanierten Einfamilienhauses. Bei einem Heizungstausch noch in diesem Jahr reichen die Gesamtkosten, also die des jährlichen Energiebezugs einschließlich der anteiligen Anschaffungskosten, von rund 2.700 Euro (Erdgas-Brennwerttherme) bis zu 5.900 Euro. Die Kostenspannen sind dabei erheblich: Erdgas-Brennwerttherme (ca. 2.700 bis 3.300 Euro p. a.), Biomethan (ca. 3.200 bis 4.600 Euro p. a.), Wärmepumpe (ca. 4.000 bis 4.700 Euro p. a., mit staatlicher Förderung 3.000 bis 3.700 Euro p. a.) sowie Fernwärme (ca. 3.000 bis 5.900 Euro p. a.).

Auch wenn Wasserstoff aktuell nicht die günstigste Alternative im Wärmemarkt ist, kann er mit sinkenden Bereitstellungskosten eine Option für die Zukunft sein. Regulatorische Entwicklungen, wie zum Beispiel die Bio-Treppe, können den Markthochlauf grüner Gase unterstützen und sich positiv auf deren Verfügbarkeit und Preisentwicklung auswirken.

Die Analyse der Wärmekosten erfolgt in einer Phase großer Verunsicherung bei Endkunden und Entscheidungsträgern, insbesondere mit Blick auf künftige Energieträger und Kostenentwicklungen. Die Studie des DVGW soll hier Orientierung bieten und die Entscheidungsfindung im Wärmemarkt unterstützen.

Die Veröffentlichung der gesamten DVGW-Wärmekostenstudie erfolgt Anfang Juni.

Kontakt:

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvwg.de
www.dvgw.de

Hauptgeschäftsstelle
Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

Büro Berlin
Hannoversche Straße 19, 10115 Berlin

Lars Wagner
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecher

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Telefon: (030) 79 47 36 – 64

Der **DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.